Fight Back!

Antifaschistisches (Jugend) Info Braunschweig



Nr. 50 Oktober 2012

„... daß man sich wehren muß“

15 Jahre Fight Back!

„Nazis verpißt euch!“ stand auf dem Cover der ersten Ausgabe der Fight Back!, die im Juni 1997 das erste Mal als „Antifaschistisches (Jugend)Info für Braunschweig“ in einer Auflage von damals 1000 Exemplaren kostenlos an Braunschweiger „Schulen, Jugendzentren und in Kneipen“ verteilt wurde.

„Erscheinungsweise: unregelmäßig“

(Niedersächsisches Landesamt für Verfassungsschutz)

Die Fight Back! werde „ab sofort monatlich über politische Themen, wie Antifaschismus, Antirassismus, Internationalismus und und und informieren“ schrieb das Redaktionskollektiv im Vorwort zur ersten Ausgabe. Damals hätte sicher keiner der an der Gründung Beteiligten geglaubt, dass die Fight Back! auch fünfzehn Jahre und 50 Ausgaben später immer noch erscheint. Zwar nicht mehr monatlich, sondern eher „unregelmäßig“, wie der Niedersächsische „Verfassungsschutz“ in seinen jährlichen Berichten immer wieder feststellt.

Das mit der monatlichen Erscheinungsweise klappte allerdings schon im ersten Erscheinungsjahr nicht so richtig. Und so erschien die Fight Back! selten monatlich, meist zweimonatlich, manchmal nur vierteljährlich oder auch mal über Monate gar nicht - Das allerdings muss die Redaktion schon zu Beginn irgendwie vorausgeahnt haben und verkündete in der ersten Ausgabe: „Die Fight Back! wird monatlich erscheinen (wenn wir nicht mit anderer Arbeit überlastet sind) ...“

Und Überlastung mit anderer Arbeit gab es immer. Denn die Fight Back! war (und ist) keine Zeitung von Leuten, die sonst nichts anderes machen, als mal einen oder mehrere Artikel zu schreiben - sie wird von Menschen gemacht, die sich antifaschistisch engagieren und organisieren. Und so mussten oft erst Flugblätter geschrieben und verteilt werden, Aktionen, Kundgebungen und Demonstrationen diskutiert,



Impressum: Fight Back!, Cyriaksring 55, 38118 Braunschweig
Erscheint regelmäßig in einer Auflage von 1000 Exemplaren. Die Verteilung erfolgt kostenlos an Schulen, Jugendzentren und in Kneipen. Der Inhalt der einzelnen Artikel gibt nicht unbedingt die Meinung des gesamten Redaktionskollektivs wieder. Über den Abdruck von zugeschickten Artikeln, Terminen etc. entscheidet das Redaktionskollektiv.
Eigentumsvorbehalt: Diese Zeitung bleibt bis zur Aushändigung an den Adressaten/die Adressatin Eigentum des Redaktionskollektivs. “Zur Habe-Name” ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Nicht ausgehändigte Zeitungen sind unter Angabe des Grundes an das Redaktionskollektiv der Fight Back! zurückzusenden.
V.i.S.d.P.: August Merges, Karl-Marx-Str. 2, 38104 Braunschweig

geplant und durchgeführt werden, bevor man dann einen Artikel darüber schreiben konnte. Und natürlich müssen sich alle, die an der Zeitung beteiligt waren und sind, sich „nebenbei“ auch mit dem ganz alltäglichen Stress und Plagen in dieser kapitalistischen Gesellschaft herumschlagen: zur Schule gehen, Arbeiten schreiben, für die Uni büffeln, arbeiten gehen, Geld verdienen ...

„Staat und Nazis Hand in Hand“

(Fight Back!)

Schaut man sich alte Ausgaben der Fight Back! durch, findet man einige Artikel, die nach wie vor aktuell sind. So gibt es in der ersten Ausgabe einen Artikel zum Thema „Staat und Nazis Hand in Hand ... Über Verfassungsschützer, die faschistische Überfälle organisieren und Staatschützer, die Nazi-Drohbriefe schreiben.“ Damals schrieb die Fight Back!: „Wie tief der Staatsapparat jedoch in die Nazistrukturen verstrickt ist, zeigte erst jetzt der Ausstieg des V-Mannes (=verdeckter Ermittler) [Anmerkung: Ein V-Mann ist eigentlich kein verdeckter Ermittler sondern ein „Vertrauens“-Mann der selbst der Szene angehört, aber der dem VS gegen Bezahlung Informationen liefert.] Michael Wobbe, der sich im Auftrag des Verfassungsschutzes (VS) zu einem der führenden Köpfe der Faschisten hochgearbeitet hatte. Er packte nun aus, daß er den VS bereits zwei Wochen vor dem Überfall auf das Jugendzentrum [das selbstverwaltete Jugendzentrum Schlachthof in Aurich] über den bevorstehenden Angriff informiert hatte! Und dies war nicht der einzige Nazi-Überfall, von dem der VS im Vorfeld informiert war, er wußte z.B. auch von der Monate andauernden Terrorisierung eines Antifaschisten und seiner Familie durch Nazis, die sogar auf sein Haus schossen. Der VS wußte von einem Großteil der Aktionen der Nazis von den ersten Planungsschritten an, aber kein Überfall, kein Anschlag wurde verhindert.“ Angesichts der derzeitigen (fast schon wieder aus den Medien verschwundenen) Debatte über die Verstrickungen des VS in die Naziszene anlässlich der Aufdeckung der Terrortaten der „NSU“ wird deutlich, das sich hier nur wenig geändert hat.

„... für uns ist immer Ausnahmezustand“

(Bewohner des Flüchtlinglagers Blankenburg)

Ein wichtiges Thema war immer wieder der gesellschaftliche Rassismus und der staatliche Umgang mit Flüchtlingen. So wurde z.B. in der Nr. 36 (Februar/März 2007) ein Flüchtling aus dem Lager Blankenburg bei Oldenburg interviewt, in dem sich BewohnerInnen gegen ihre Lebensbedingungen mit einem Streik zu Wehr setzten. Er berichtete: „Es gibt keine normale Behandlung von Flüchtlingen, für uns ist immer Ausnahmezustand. Wir leben über Jahre in einem kleinen Raum ... Unsere Nahrung jeden Tag ist matschiger Reis mit Soße ... Letztens erst wieder gab es Joghurt – er war einen Monat und drei Tage abgelaufen. Die medizinische Behandlung besteht aus Schmerzmitteln ... und Beruhigungsmitteln, vor kurzem erst ist wieder einer gestorben, weil er über ein Jahr nicht behandelt wurde“. Auch deutsche Kriegseinsätze, imperialistische Kriege oder Auftritte der Bundeswehr in Schulen waren immer wieder Thema in der Zeitung. Kritisch wurde auch die Wandlung der Grünen und von Teilen der Friedensbewegung von Pazifisten zu Befürwortern vorgeblich „humanitä-

rer Kriegseinsätze“ kommentiert: „Pflugscharen zu Schwertern, oder, warum Krieg jetzt Frieden heißt“ hieß z.B. ein Artikel aus der Nr. 11 (Mai/Juni 1999): „Zum dritten Mal in diesem Jahrhundert ist Deutschland an einem Angriff gegen einen anderen Staat beteiligt. Nun ist Schluß mit der offiziellen Lehre aus den verlorenen beiden Weltkriegen, daß Deutschland niemals wieder Krieg gegen ein anderes Land führen dürfe ... Die Grünen Friedensapostel, die bei jeder militanten Auseinandersetzung mit der Staatsmacht ‚Keine Gewalt’ riefen, die stets von ‚gewaltfreier Konfliktlösung’ redeten, sind nun, da sie nicht mehr ‚Opposition’, sondern selbst Teil der bürgerlichen Macht sind, die größten Befürworter militärischer Angriffe.“

Ja, und ein paar Sonderausgaben gab es auch. Im Mai 2007 zu den Protesten gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm, wo am 2. Juni 2007 über 50.000 Menschen gegen den Gipfel demonstrierten und in den folgenden Tage tausende den Gipfel blockierten und belagerten. Kritisch wurde aber auch ein Blick auf Teile der Globalisierungsbewegung, insbesondere der NGOs (Nichtregierungsorganisationen), geworfen: „Statt die Staaten und Regierungen als Teil des Problems zu betrachten, die keine andere Lösung kennen, als solche, die im Interesse des Kapitals sind, erheben sie diese zu Adressaten ihrer Forderungen. Bürgerliche Staaten haben aber überhaupt nicht die Wahl, sich frei aussuchen zu können, was für eine Politik sie machen, da von dem funktionierenden Wirtschaftsgefüge ihre eigene Macht abhängt. Eine kapitalistisch funktionierende Wirtschaft ... braucht aber beste Voraussetzungen zur Verwertung von Kapital. Dass bedeutet, dass die bestmöglichen Rahmenbedingungen für Unternehmen geschaffen werden: Privatisierung, Patentrechte, niedrige Lohnstandards, flexible Arbeitszeit ...“. Immer wieder lenkte die Fight Back! auch den Blick auf die Kämpfe in anderen Ländern, so gab es z.B. in der Nr. 31 einen Schwerpunk zur Situation in Venezuela, Kolumbien und Bolivien.

„Löscht meinen Namen!“

(Nazi)

Natürlich warf die Fight Back! auch immer einen Blick auf die regionale Nazi-Szene. Sie klärten in vielen Artikeln immer wieder konkret darüber auf, welche Gruppen und Personen in der Region aktiv sind. Manchem Nazi, der mit Namen in der Fight Back! genannt wurde und auf Fotos bei Naziaufmärschen gezeigt wurde, gefiel das allerdings gar nicht.

Immer wieder versuchen Nazis oder auch welche, die angaben, dass sie sich aus der Szene zurückgezogen haben, mit Drohungen, mit Anwälten oder sogar mit dem Angebot von Geldzahlungen, Ausgaben schwärzen zu lassen, oder diese im Internet löschen zu lassen. Die Redaktion der Fight Back! zeigte sich allerdings weder käuflich noch erpressbar. Wer auf Naziaufmärsche geht, wer sich an faschistischen Aktivitäten beteiligt oder in rechten Gruppen organisiert, der muss auch weiterhin damit rechnen, in der Fight Back! namentlich Erwähnung zu finden. Und das kann *„oft negative Folgen für den Beruf, die Karriere, sowie das Privatleben nach sich ziehen*“ zur Folge haben, wie die Firma WEB.KILLER in einem Brief an das Antifaschistische Café betonte.

Manch Nazi, der erst laut grölend durch die Straße zog, zeigte sich hinterher sehr Unverzagt. So zuletzt auch ein gewisser Jonas aus Braunschweig, der die Firma WEB. KILLER beauftragt hatte, für die Streichung seines Namens im Artikel „Ein Blick nach rechts … Wer marschierte denn da in Hildesheim …“ in der Fight Back! Nr. 46 zu sorgen. Leider sah sich daraufhin der Provider der Homepage des Antifaschistischen Cafés vorsorglich veranlasst die Ausgabe zu löschen. Viel Erfolg hat dieser Zensurversuch allerdings nicht: Wer ein bisschen mit einer Suchmaschine im Netz sucht, der findet die entsprechende Fight Back! längst wieder an anderen Stellen im Netz.

„Antifahetze in Braunschweig“

(Prof. Dr. Knütter)

Auch die rechte Wochenzeitung „Junge Freiheit“ ärgerte sich bereits über die Fight Back!: „Von der ARUG [die Arbeitsstelle Rechtsextremismus und Gewalt] führt ein direkter Verweis zum Antifaschistischen Café Braunschweig, von dem das Antifa-Info Fight back! herausgegeben wird. Dies wiederum ordnet der niedersächsische Verfassungsschutzbericht als Periodikum der ‚militanten Autonomenszene’ ein. Fight back! feierte nicht nur die Störungen einer Veranstaltung mit dem bayerischen Innenminister Günther Beckstein (CSU) in Braunschweig, sondern rief auch zum Protest gegen den Neujahrsempfang des Oberbürgermeisters Gert Hoffmann (CDU) auf, weil dieser den ‚Faschisten’ Arnulf Baring geladen hatte .“ (JF, 8/2003)

Das Buch „Links enttarnt“ des „Anti-Antifa“ Professors Hans-Helmut Knütter führt die Fight Back! in ihrer Chronologie für das Jahr 1997 auf. Unter der reißerischen Überschrift „Juni 1997 Antifahetze in Braunschweig“ wird aus einer Broschüre des Bundesamt für Verfassungsschutz zum Thema „Militante Linksextremisten rekrutieren Nachwuchs: Schauplatz Schule und Jugendtreff“ zitiert: „In Braunschweig erscheint eine Publikation, die künftig alle zwei Monate erscheinen soll, mit dem Namen ‚Fight back! Antifaschistisches (Jugend) Info Braunschweig’. Die Auflage beträgt nach Eigenangabe 1.000 Exemplare. Das Blatt wird kostenlos verteilt. Es wird offen Gewalt gegen ‚Rechte’ propagiert. Außerdem wendet man sich gegen staatlichen Rassismus, Abschiebungen von Flüchtlingen und gegen zunehmende Aggressivität des Kapitalismus.“

„... daß man sich wehren muß“

(Redaktionskollektiv der Fight Back!)

In der ersten Ausgabe schrieb das Redaktionskollektiv programmatisch: „Der Name Fight Back!, steht für uns dafür, daß man sich wehren muß, gegen den zunehmenden Terror der Faschisten auf der Straße, aber auch gegen staatlichen Rassismus, gegen Abschiebungen von Flüchtlingen und gegen die zunehmende Aggressivität des Kapitalismus, sowohl nach außen, als auch nach innen.“ – Dem ist auch heute, fünfzehn Jahre später nichts hinzuzufügen. In diesem Sinne heißt es auch in den kommenden Jahren: Fight Back!

2. Juni Naziaufmärschchen in Hamburg

Ursprünglich angemeldet war für den 2. Juni eine Aufmarschroute, die es den Faschisten ermöglich hätte, für mehrere Stunden durch die Hamburger Innenstadt zu laufen. Diese Route wurde seitens der Justiz untersagt, als Alternative erhielten die Nazis eine rund vier Kilometer lange Strecke durch den Stadtteil Wandsbek zugewiesen. Dass sie auch diese nicht abmarschieren konnten, war der Taktik der Einsatzleitung der Polizei geschuldet, die nicht verhinderte, dass eine große Zahl von Nazi-GegnerInnen bemerkenswert einfach auf die Route der Faschisten gelangen konnte, um dort Blockaden zu errichten. So kam es dazu, dass die Faschisten auf eine dritte Route ausweichen mussten, die ihnen von der Polizei zugewiesen wurde. Da auch diese Route von Nazi-GegnerInnen vielfach blockiert wurde und es der Polizei trotz massiver Gewalt nicht gelang, die Blockaden zu räumen, konnten die Faschisten schließlich nur noch 1.500 Meter marschieren, für die sie trotz Polizeigewalt zwei Stunden brauchten.



500 Nazis

Mit diesem Ergebnis hat die Anzahl der Teilnehmer am Naziaufmarsch im Vergleich zu den beiden vorangegangenen Aufmärschen unter dem Motto „Tag der deutschen Zukunft" abgenommen. Stagnierte sie nach dem Aufmarsch 2010 in Hildesheim bei dem in Braunschweig 2011 auf rund 700, kann ihr deutliches Absinken als Mobilisierungsschlappe der Nazis angesehen werden. Die anwesenden Faschisten kamen größtenteils aus dem Kameradschafts-Spektrum und dem der „Autonomen Nationalisten", was sowohl ihrem Aussehen zu entnehmen war, wie auch der Haltung, einen gewissen Gefallen an Rangeleien mit ihren uniformierten Beschützern zu finden. Insgesamt dürfte den Faschisten aber klar sein, dass sie ihre körperliche Unversehrtheit an diesem Tag der Polizei zu verdanken hatten, was sich in breitem Lob für die Polizei in diversen Naziforen auch so artikuliert.

4.500 Polizisten

Dass die anwesenden 4.500 Polizisten angewiesen waren, die Route der Nazis nicht hermetisch abzuriegeln, zeigte sich schnell an diesem Tag. Zwar wurden rund 500 AntifaschistInnen an einem Kundgebungsplatz von der Polizei frühzeitig gekesselt und mussten für über sechs Stunden in dem Kessel ausharren, tausenden anderen jedoch war es mit wenigen Haken möglich, direkt auf die Route der Nazis zu gelangen, wobei die Polizei sich in den angrenzenden Straßen zurückhielt. Die Polizei übte sich an diesem Tag in klassischer Aufstandbekämpfung, fiel mit Wasserwerfern, Räumpanzern, Reiterstaffeln und Knüppeleinsätzen überall dort ein, wo (brennende) Barrikaden errichtet worden waren, vertrieb kurz zum Löschen die Leute und zog sich dann wieder zurück. Festgenommen wurden erstaunlich wenig, statt dessen wurde auf Einschüchterung durch Gewalt gesetzt, die es in Form von Wasserwerfereinsätzen (mit Reizgas versetztes Wasser), exzessivem Pfefferspray- und Schlagstockgebrauch bei jeder sich bietenden Gelegenheit gab.

Über 20.000 NazigegnerInnen



10.000 Menschen versammelten sich unter der Fahne der in Hamburg regierenden SPD auf dem Rathausmarkt und feierten sich selber, weitere 7.000 nahmen an einer Demonstration des Hamburger Bündnis gegen Rechts unter dem Motto „Internationale Solidarität statt völkischer Wahn“ teil, die durch die Innenstadt führte. Tatsächlich effektiv war aber der Einsatz mehrerer tausend Menschen, die den Nazis in Wandsbek direkten Widerstand entgegenbrachten, indem sie (Sitz-) Blockaden und zahlreiche Barrikaden errichteten.

Kommt zur Jugend Antifa Aktion (JAA)!

JUGEND jaa! ANTIFA AKTION

Aktiv werden gegen Nazis,
Staat und Kapital!

Jeden Freitag 18 Uhr
Antifaschistisches Café - Cyriaksring 55

Es begann mit mehreren, eher lockeren Blockaden von Straßenkreuzungen auf der Ausweichroute der Nazis, die durch eine ganze Reihe brennender Barrikaden aus Mülltonnen und –containern optisch ergänzt wurden. Zu diesem Zeitpunkt war viel Bewegung unter den Blockierenden, das Vorpreschen von Polizeieinheiten, um das Löschen der Barrikaden zu ermöglichen, sorgte für ein stetiges Auseinandergehen und Neuformieren und klar war zu diesem Zeitpunkt eigentlich nur, dass die Menge an Leuten im Viertel in die Tausende ging. Sehr früh ging die Information um, dass den Nazis eine Ausweichroute für ihre Ausweichroute gegeben würde, die weiter südlich verlaufen sollte. War das Vorgehen der Polizei zuvor auf Schadensbegrenzung und überfallartige Jagdeinsätze geprägt, wurde nun gegen einzelne Blockadepunkte, die sich in der Nähe der neuen Route befanden, mit verstärkter Gewalt vorgegangen, bullentypisch derartige massiert, dass reihenweise eigene Kollegen von Wasserwerfern und Pfefferspray in Mitleidenschaft gezogen wurden, was die Verletztenzahlen erklären dürfte, die man im Fernsehen später präsentierte.

Nachdem klar wurde, wie die Ausweichroute für die Ausweichroute aussehen würde, kam es zur größten Menschenblockade. 2.000 Leute versammelten sich auf der Route der Nazis und wichen der Gewalt der Polizei nicht, so dass diese schließlich die Nazis über einen schmalen Korridor auf dem Bürgersteig an der Blockade vorbeileitete, und den Aufmarsch der Faschisten auf dem kürzesten Weg zu ihrem Startpunkt zurückbrachte.



Fazit

Deutlich weniger Nazis als erwartet, eine durchschaubare Taktik des Polizeieinsatzes und genügend viel los auf der Straße, um für einige Planänderungen hinsichtlich der Route zu sorgen, so könnte man den Tag zusammenfassen. Es wird sich im kommenden Jahr zeigen, ob das genügend Frustration bei der braunen Bande erzeugt hat, so dass die Teilnehmerzahl weiter sinkt oder auf dem, für eine große Mobilisierungskampagne geringen, Stand verbleibt. Dann nämlich wollen sie wieder aufmarschieren, und zwar in Wolfsburg. Wir sammeln derweil schon einmal Knüppel und Steine, um sie ihnen zwischen die Beine zu werfen, bzw. in den Weg zu legen…



Sonja und Christian, politische AktivistInnen, bemerken 1978, dass sie von der Polizei observiert werden und brechen von einem Tag auf den andern nach Frankreich auf. Sie vermuteten die Observierung würde in einer Verhaftung münden – und das sollte sie wohl auch. Denn ihnen wurde und wird vorgeworfen Mitglieder der revolutionären Zellen (RZ) gewesen zu sein. Die RZ war eine Stadtguerillagruppe, die von Anfang der 1970er Jahre bis Anfang der 1990er Jahre aktiv war. Ihre Aktionen waren breit gefächert und reichten von Fahrscheinfälschen bis zu Brandanschlägen, u.a. gegen die für die staatliche Flüchtlingspolitik verantwortlichen Institutionen. Sonja und Christian werden die Durchführung und Beteiligung an mehreren Anschläge der RZ vorgeworfen. Im Jahr 2000, nach 22 Jahren leben in der Illegalität in Frankreich, werden die beiden verhaftet. Doch der Auslieferungsantrag der deutschen Behörden wird nicht umgesetzt, da die ihnen vorgeworfenen Taten nach französischem Recht verjährt sind. Bis zum Sommer 2007 leben sie legal in Frankreich und können wieder Kontakt zu allen FreundInnen und Verwandten aufnehmen – das Verstecken hatte ein Ende. Doch dann werden sie erneut verhaftet – die BRD hat einen europäischen Auslieferungsantrag gestellt und diesem wird stattgeben. Seit September 2011 sitzt Sonja nun im Knast in Frankfurt, Christian kam – da es ihm nach einem Herzstillstand im Oktober 1997 gesundheitlich schlecht geht – auf eine Knastkrankenstation und wurde nach einem Monat von der Haft verschont. Sonja allerdings sitzt nun schon seit über neun Monaten im Knast, das Gericht hat allerdings noch immer nicht entschieden, ob die Klage gegen sie überhaupt zulässig ist und auch noch keinen Termin für den Prozessbeginn bekannt gegeben. Im Mai waren ReferentInnen des Soldaritätsbündnisses „verdammtlangquer“ für eine Veranstaltung im Antifaschistischen Café. Sie informierten uns über die Vorwürfe gegen die beiden, über den Stand des Verfahrens und über die politischen Hintergründe, sowie über die konsequente Aussageverweigerung der beiden. Im Anschluss an die Veranstaltung haben wir noch gemeinsam Postkarten an Sonja geschrieben. Auf der Homepage www.verdammtlangquer.org könnt ihr euch umfassend über den aktuellen Stand des Verfahrens sowie über die politischen Hintergründe und Solidaritätsarbeit informieren.

Sonja freut sich über Postkarten und Briefe: Sonja Suder - JVA Frankfurt III - Obere Kreuzäckerstr. 4 - 60435 Frankfurt am Main

Spenden für die juristische Verteidigung und Solidaritätsarbeit könnt ihr auf folgendes Konto überweisen:

Treuhandkonto Rechtsanwalt Hartmann - Kontonr. 35762087 - BLZ 37050198 - Bitte Zweck angeben: z.B. Verteidigung oder Solidarität



FREIHEIT FÜR Deniz K.!

Alles hatte seinen Anfang mit einer antifaschistischen Bündnisdemonstration gegen zunehmenden Anschläge und Übergriffe von Nazis am 31. März 2012 in Nürnberg. Auf dieser Demo kam es zu Rangeleien mit der Polizei als die DemonstrantInnen versuchten in die Innenstadt zu kommen um dort über die Naziaktivitäten zu informieren. Die Polizei setzte Knüppel und Pfefferspray ein – das Ergebnis waren vier schwer verletzte und zahlreiche leicht verletzte DemonstrantInnen sowie vier leicht verletzte Polizisten. Erstmal nicht außergewöhnliches - nur das knapp ein Monat danach Deniz K. auf einer antifaschistischen Demonstration von der Polizei festgenommen wird. Der Vorwurf laute „versuchter Totschlag“ an fünf Polizisten – auf eben der oben beschriebenen Demonstration. Unsere Solidarität gegen ihre Repression! Aktuelle Infos bekommt ihr auf dieser Seite: www.denizk.blogsport.de

Spenden könnt ihr auf folgendes Konto überweisen:

Rote Hilfe
Kto.: 4007238359
BLZ: 43060967
Verwendungszweck: „Freiheit für Deniz“



Die Rote Hilfe e.V. Braunschweig trifft sich jeden 3. Freitag im Monat um 20 Uhr im Antifaschistischen Café (Cyriaksring 55)
Neben der rechtlicher Beratung, wollen wir von nun an regelmäßig am 3. Freitag im Monat gemeinsam Postkarten an politische Gefangene schreiben!

Der Antifa-Taler

Eins wollen wir gleich vorwegnehmen: das hier ist nicht die Geschichte des antifaschistischen Kampfes bzw. der damit zusammenhängenden Geschichte linker Bewegungen in Deutschland bzw. der BRD. Bei dem in der Fight Back! möglichen Umfang, könnte der Versuch einer solchen Darstellung nur scheitern. Es geht hier schlicht um das verwendete Symbol, wann es aufkam und wann es von wem, wie benutzt wurde. Wer sich darüber hinaus für die Geschichte des antifaschistischen Kampfes in Deutschland bzw. der BRD interessiert, der/ dem sei die aktuelle Broschüre „80 Jahre Antifaschistische Aktion“ von der Antifaschistischen Linken International (ALI) aus Göttingen ans Herz gelegt, die im Antifaschistischen Café für 2,- € erhältlich ist.



Bild 1

Die Antifaschistische Aktion- was bedeutet dieses Symbol? Das Symbol geht historisch auf die Initiative der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) zurück, die 1932 zu ihrer Gründung aufgerufen hatte. Vorausgegangen waren Organisierungsversuche unter den Namen „Einheitsfront Aktion“ oder „Kampfbund gegen den Faschismus“, die aber allesamt keine große Wirkung über das kommunistische Lager hinaus hatten. Ihre Gründung als „Antifaschistische Aktion“ unter dem bekannten Banner am 10. Juli 1932 war eine Reaktion auf den zunehmenden faschistischen Terror auf den Straßen, die Unterstützung der Faschisten durch große Teile der bürgerlichen Parteien und Wirtschaft und die Erfolge faschistischer Parteien, insbesondere der „Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei“ (NSDAP). Es war für die Mitgliedschaft in der Antifaschistischen Aktion vollkommen irrelevant, ob man auch Mitglied der KPD war. Es wurde der Anspruch erhoben, alle Kräfte die sich dem Faschismus in den Weg stellen wollten, unter einem Dach zusammenzubringen: KommunistInnen, SozialistInnen, AnarchistInnen, SozialdemokratInnen, GewerkschafterInnen, usw.
Weil der Erfolgskurs der NSDAP und anderer Faschisten mit ihren menschenverachtenden Inhalten als Angriff auf alle humanistischen und fortschrittlichen Kräfte verstanden wurde, sollten sich auch eben diese Kräfte gemeinsam unter dem Symbol der Antifaschistischen Aktion zusammenfinden können. Dies war, wie gesagt, der Anspruch. In der Realität sah es dann so aus, dass mehrheitlich KommunistInnen in der Antifaschistischen Aktion organisiert waren. Der politische Zick-Zack-Kurs der

KPD, der mal das Bündnis mit der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) suchte und dann wieder die SPD als Steigbügelhalter für den Faschismus (wegen ihrer in der ArbeiterInnenklasse spalterischen und reformistischen Politik) verantwortlich machte, verhinderte einen breiten und gemeinsamen Kampf dieser Hauptströmungen der ArbeiterInnenbewegung in Deutschland gegen den Faschismus und die aufkommende Kriegsgefahr. Umgekehrt sabotierte die SPD- Führung von vornherein aktiv die Zusammenarbeit mit KommunistInnen, ihren Organisationen und Parteien. Die Führung der SPD setzte schon damals auf das bekannte „links=rechts"- Schema (Totalitarismusthese bzw. heute die Extremismustheorie) und sah in der KPD einen ebenso bekämpfenswerten Feind, wie in der NSDAP.

Dies ist der historische Hintergrund vor dem das erste Mal jenes Symbol eingeführt wurde, das man heute, in leicht veränderter Form, bei nahezu jeder Aktion gegen Nazis und andere Faschisten, auf nahezu jedem antifaschistischen Flugblatt, als Buttons oder Aufnäher an der Kleidung, als Aufkleber auf Laternen und als Fahne über antifaschistischen Demonstrationen und den brennenden Barrikaden gegen Naziaufmärsche sehen kann.

Bild 2



Das Symbol wurde nicht zufällig gewählt. Die ursprüngliche Variante (Bild 1+2) symbolisiert mit zwei wehenden roten Fahnen in einem Kreis zum einen die zur damaligen Zeit wichtigsten Strömungen in der ArbeiterInnenbewegung Deutschlands: die Sozialdemokratie einerseits und die kommunistischen Kräfte andererseits. Der Kreis selber symbolisiert einen Rettungsring. Er unterstreicht den Charakter der Antifaschistischen Aktion, die die Verteidigung der demokratischen Errungenschaften und Möglichkeiten der bürgerlichen Demokratie in der Weimarer Republik gegen den organisierten Terror der Faschisten zum Inhalt hatte.

Nach dem Terror der Nazis in Europa und dem zweiten Weltkrieg wurde das Symbol erst in den 1970ern in seiner historischen Variante wieder aufgegriffen und verwendet. Mit dem Wiedererstarken faschistischer Gruppen und Inhalte in den 1980ern wurde von Seiten der Autonomen bzw. der HausbesetzerInnenbwegung verstärkt die antifaschistische Arbeit in den Vordergrund gerückt. Nicht zuletzt weil eben besetzte Häuser immer wieder das Ziel von Angriffen durch Nazis oder faschistische Hooligans wurden. Mit dem Fall der Mauer und der Annektierung der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) 1989 wurde durch Parteien und Medien eine Welle nationalistischer und rassistischer Ideologisierung losgetreten, die bei großen Teilen der weißen und deutschen Bevölkerung auf fruchtbaren Boden fiel. Inhalte, die vorher nur von organisierten Nazis formuliert wurden, wurden nun von den bürgerlichen Parteien umgesetzt- bspw. die faktische Abschaffung des Grundrechts auf Asyl, dass

1992 von den „demokratischen“ Parteien zur Unbrauchbarkeit für Hilfesuchende zurechtgestutzt wurde. Faschistische Gruppen und Parteien erhielten in diesem gesellschaftlichen Klima des „Rechtsrucks“ starken Zulauf und es kam zu pogromartigen Ausschreitungen unter den Augen der Polizei, dem Beifall und der Mithilfe zahlreicher Bürger. Die bekanntesten Beispiele hierfür sind die Angriffe auf MigrantInnenunterkünfte in Hoyerswerda 1991 und Rostock 1992. Vorläufige „Höhepunkte“ des nationalistischen „wir-sind-wieder-wer“-Wiedervereinigungstaumels waren die Morde an MigrantInnen durch Brandstiftungen in Mölln 1992, Solingen 1993 und Lübeck 1996. Nicht zu vergessen sind all jene, die bei Angriffen auf der Straße durch Faschisten ihr Leben verloren. Dieser Terror, durch Medien und Politik verharmlost und auf der Straße von der Polizei und Geheimdiensten geschützt oder sogar unterstützt, öffnete vielen - bei weitem nicht allen – die Augen über den Charakter des neuen, wiedervereinigten Deutschlands. Auch im Ausland fürchteten nicht wenige ein Wiederaufleben von deutschen Großmachtbestrebungen, die die Welt schon zweimal in den Abgrund gerissen hatten.

Dieses ist der historische Hintergrund vor dem eine organisierte antifaschistische Arbeit wieder in den Mittelpunkt gerückt wurde. Zwar begannen einige linke Gruppen schon früh mit der gezielten antifaschistischen Recherchearbeit (Beschaffen, Sammeln, Auswerten und veröffentlichen von Informationen über Strukturen, Gruppen und Personen des faschistischen Spektrums)- dies führte aber weniger zu einer koordinierten und schwerpunktmäßig betriebenen antifaschistischen Aktivität. Die erschien erst notwendig, als überall faschistische Gruppen, Parteien und Banden auftauchten, die eine reale, tödliche Gefahr für all jene waren, die in das faschistische Bild des „Untermenschen“ oder „Volksschädlings“ passten und auch heute noch passen: nicht-Weisse, nicht-Deutsche, JüdInnen, MuslimInnen, Homsexuelle, Sinti und Roma, KommunistInnen, AnarchistInnen, körperlich oder psychisch eingeschränkte Menschen, Obdachlose, Punks, Hip Hopper, usw.

Über die eigentliche Bedeutung hinaus wird das Symbol auch von anderen politischen Strömungen verwendet. Und da es hier um die Geschichte eines Symbols geht, muss auch kurz angerissen werden, wo dieses Symbol sonst noch verwendet wird, auch wenn es mit dem Ursprung nicht mehr viel zu tun hat. So existiert eine Variante aus dem Bereich des Veganismus/ Antispezisismus (siehe hierzu: Braindead Politics FB! 41) bei der eine große grüne und eine kleine schwarze Fahne verwendet wird. Auch die sogenannte antideutsche Strömung (siehe hierfür: Braindead Politics aus FB! 38) hat sich eine blau-weiße Variante gebastelt, mit der sie ihre „bedingungslose Solidarität mit Israel“ unterstreichen wollen. Auch in subkulturellen Szenen wie dem Fussballspektrum, gibt es zahlreiche Varianten die sich ausschließlich an der Ästhetik des Symbols erfreuen aber mit dem ursprünglichen Charakter nichts zu tun haben. Mit dem inhaltlichen Ursprung gar nichts mehr zu tun hat die Verwendung des Symbols durch Faschisten selber (siehe hierzu: Altes Gammelfleisch in neuer Verpackung aus FB! 41 und 42). Sie tauschen die Worte „Antifaschistische Aktion“ einfach mit „Freie Kräfte soundso“ oder „Nationalsozialistische Aktion – Bundesweite Organisation“ unter Beibehaltung der Fahnen aus.

Es gründeten sich also in dieser Zeit wieder Gruppen, die sich explizit als Antifaschistische Aktion verstanden und einen dementsprechenden Schwerpunkt in der politischen Auseinandersetzung legten. Aus dieser Zeit ging dann die heute gängige Variante des Symbols der Antifaschistischen Aktion hervor (Bild 3). Die Modernisierung dieses Symbols geht auf die Göttinger Initiative Kunst und Kampf (KuK) im Jahr 1989 zurück. Statt zwei roten Fahnen werden nun eine große (rot) und eine kleinere (schwarz) verwendet, die von links nach rechts ziehen. Die Fahnenfarben stehen für die zwei Strömungen, die nun Hauptträger des antifaschistischen Kampfes sind: der Anarchismus und der Kommunismus; von der Sozialdemokratie hatte man sich weitestgehend verabschiedet, hat doch die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) der Verschärfung des Asylrechts, ein Hauptziel der Nazis, 1992 zugestimmt. Auch die veränderte Richtung der Fahnen hat eine symbolische Bedeutung. Das Wehen der Fahnen symbolisiert den „rechten Gegenwind“ gegen den sich eine antifaschistische, linke Bewegung stellen muss bzw. bewegen sich die Fahnen von links gegen rechts. Aus dem anarchistischen Lager kam später eine alternative Variante (Bild 4), um den Anteil anarchistischer Kräfte am antifaschistischen Kampf in den Vordergrund zu stellen.

Bild 3

Auch wenn sich viele Gruppen nicht auf das historische Vorbild von 1932 beziehen, so werden mit dem damals geschaffenen und auch heute noch verwendeten Symbol einige Dinge in Verbindung gebracht, die damals wie heute gültig sind. Zum einen ist da der strömungsübergreifende Charakter. Wenngleich es keine „zentrale“ Antifaschistische Aktion mehr gibt, so wird ihr Symbol überall von jenen aufgegriffen, die sich gegen Nazis zur Wehr setzen und sich mit den gesellschaftlichen Ursachen für das Entstehen von Faschismus auseinandersetzen. Nach wie vor spielt es keine Rolle, ob man KommunistIn, GewerkschafterIn, AnarchistIn, usw. ist. Die Kompromisslosigkeit gegen die Faschisten und ihre Sympathisanten ist ein anderer Punkt, der mit diesem Symbol verknüpft ist: die Antifaschistische Aktion ist keine Gruppe von SozialpädagogInnen, die Faschisten „bekehren“ oder mit ihnen etwas „ausdiskutieren“ will. Die Antifaschistische Aktion will Faschisten wirksam bekämpfen, sie gesellschaftlich isolieren, sie an dem hindern, was sie eben tun und die gesellschaftlichen Ursachen angehen, die zum Entstehen und Erstarken des Faschismus führen.

Bild 4

Das heute benutzte Symbol und die damit einhergehende Theorie und Praxis wurde in zahlreichen Ländern übernommen. Gruppen unter dem Label der Antifaschistischen Aktion finden sich u.a. in Irland, Holland, Schweden, Dänemark, der Tschechischen Republik, der Slowakei, Serbien, in Italien oder auch in Spanien.

In aller Kürze ...



NPD-Kundgebung trifft auf Protest

Am 9.8. hielt die NPD auf dem Burgplatz eine Kundgebung im Rahmen ihrer „Deutschlandtour“ ab. Die dazu erschienenen 17 Faschisten sahen sich dabei laut Polizeiangaben bis zu 800 GegendemonstrantInnen gegenüber, die durch ihr lautstarkes Auftreten jegliche Außenwirkung der jämmerlichen Veranstaltung unterbunden. Der LKW der NPD wurde darüber hinaus mit diversen Wurfgeschossen von Klopapier bis Pferdeäpfeln gebührend begrüßt und verabschiedet.



Veranstaltungen im Antifa-Café:

16. November 2012: lecker **Essen** für 2€

01. Dezember 2012: **Demonstration**
Das rassistische Gutscheinsystem abschaffen!
12:00 Uhr Hannover Hauptbahnhof
Vorbereitungsveranstaltung 30.12.12
20:00Uhr im Antifa-Café

07. Dezember 2012:
Diskussionsveranstaltung "Faschismus in Europa? Entwicklungen in Zeiten der Krise"

21. Dezember 2012: lecker **Essen** für 2€

4. Januar 2013: Diskussionsveranstaltung LLL-Demonstration

18. Januar 2013: lecker **Essen** für 2€

weitere Infos unter **www.antifacafe.de.vu**